

Die Unfähigkeit zur Reform

Der Mensch ist von Natur in den Zwiespalt zwischen Fortschritt und Beharrung gestürzt. Die wenigsten von uns vermögen diesen Widerstreit in sich selber zum Ausgleich zu bringen. Die einen sagen mit *Heinrich Heine*: „Ich glaube an den Fortschritt. Ich glaube, die Menschheit ist zur Glückseligkeit bestimmt.“ Die andern begründen ihre Vorliebe für das Verharren in überlieferten Ordnungen mit einem Wort von *Henrik Ibsen*: „Alle Entwicklung ist bis jetzt nichts weiter als ein Taumeln von einem Irrtum in den andern.“ Diese Polarität zwischen Progressiven und Konservativen hat in früheren Jahrtausenden und zumal in neuerer Zeit den Weg der Menschheit durch die Geschichte bestimmt. Es ist jedoch ungewiß, ob die Menschheit noch lange überleben kann, wenn sie sich weiterhin der Wechselwirkung dieser beiden Urkräfte ihrer Natur überläßt.

I

Um die Mitte des 20. Jahrhunderts hat nämlich eine radikal neue Epoche unserer Geschichte begonnen. Besonders treffend schildert diesen Umbruch der 1968 erschienene Gesamtplan des Stuttgarter Kultusministeriums für eine Erneuerung der Erwachsenenbildung:

„Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts ist in den hochentwickelten Industriestaaten durch die rapide Entwicklung von Wissenschaft und Technik eine neue Zivilisation entstanden. Die Welt, in der sich die Erwachsenen heute bewegen, ist von der Welt ihrer Kindheit so weit entfernt,

daß jene Verfassung von Staat und Gesellschaft, in der die Älteren groß geworden sind, der früheren Generation bereits wie eine versunkene Geschichtsepoche erscheint."

Es liegt nahe, einen Vergleich zu ziehen zu dem ersten großen geistigen Aufbruch in der europäischen Geschichte, zur Befreiung des Menschen aus den Fesseln des Mittelalters durch Renaissance und Humanismus. Der Vergleich führt jedoch in die Irre. *Ulrich von Hutten* konnte 1518 im Überschwang des neuen Lebensgefühls ausrufen: „O Jahrhundert! O Wissenschaften! Es ist eine Lust zu leben!" Vierhundertfünfzig Jahre später empfinden wir die ins Unendliche gewachsene Fülle der Wissenschaften nicht mehr als Lust, sondern als Last. Erst recht bedrückt uns der technische Fortschritt, also die praktische Anwendung der rasend schnell in die Zukunft strebenden Wissenschaft. Wir empfinden das alles als Last, weil wir mindestens ahnen, daß wir gar nicht mehr die Wahl haben, uns zwischen Fortschritt und Beharrung zu entscheiden. Vielmehr müssen wir entweder den Fortschritt meistern, indem wir uns zu ihm bekennen und ihn in den Griff bekommen — oder wir müssen untergehen. Der Weltuntergang ist heute mehr als nur eine biblisch-apokalyptische Verheißung; er ist die errechenbare Folge eines menschlichen Fehlverhaltens, das in der Unwilligkeit oder Unfähigkeit zur Reform seine wichtigste Wurzel hat.

Weiß man das — wie man es als leidlich unterrichteter Mensch unserer Tage wissen kann und muß —, so darf man sich nicht wundern, daß unsere überlieferte Ordnung in Staat und Gesellschaft aus den Fugen zu gehen droht und daß es allenthalben im Gebälk eines Gebäudes zu krachen beginnt, das in einer Zeit errichtet wurde, die sich an andern Maßstäben und Gesetzen orientiert hat. Die Strukturen, die wir von Eltern und Großeltern übernommen haben, können heute einfach nicht mehr standhalten. Sie sind überfordert von einer Entwicklung, die vor hundert Jahren überhaupt nicht vorauszu-sehen war. Verwunderlich ist nicht, daß die überlieferte Ordnung ins Wanken geraten ist, sondern daß nur so wenige Menschen bereit oder in der Lage sind, die Zusammenhänge zu erkennen. Es ist absurd, die Ursache (oder gar die Schuld) bei der kleinen Minderheit der überwiegend jungen Menschen zu suchen, in deren rebellischem Aufbegehren wenigstens eine Ahnung der Wirklichkeit Ausdruck findet, anstatt in der objektiven Unangepaßtheit unserer Ordnungen an die rapide Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Wir leben in einem Mißverhältnis zur Wirklichkeit; wir besitzen die Mittel, dieses Mißverhältnis zu korrigieren, aber wir verweigern uns selber die Reformen, deren wir so dringend bedürfen.

II

Was hier für die Bundesrepublik Deutschland gesagt wird, gilt auf ähnliche Weise für viele Staaten der kapitalistisch-liberal geprägten westlichen Welt. (Die kommunistischen Staaten Europas einschließlich der Sowjetunion sind, was immer dort sonst Kritik verdient, dank der Oktoberrevolution und ihrer Folgen bei der Überwindung veralteter Strukturen dem Westen ein gutes Stück voraus.) Die Unfähigkeit zur Reform, die das beunruhigendste Phänomen in unserer Gesellschaft ist, soll hier jedoch nur durch westdeutsche Beispiele illustriert werden, und auch das kann nur in skizzenhafter Form geschehen. Dabei werden die sechs wichtigsten Reformen nicht in der Zeitfolge, in der sie akut geworden sind, aufgeführt, sondern in der Reihenfolge, in der sie verwirklicht werden müßten, um hier in der Bundesrepublik eine Reform auf der andern aufzubauen. Da ist zunächst die *Finanzreform*, die nur als eine Mißgeburt, als ein verstümmeltes Kind der großen Koalition das Licht der Welt erblickt hat und daher als Reform wenig wirksam sein wird. Dabei spräche man richtiger nicht von Finanzreform, sondern von Föderalismusreform; denn darum ging es bei dem ursprünglichen Entwurf vor allem. Das hatten diejenigen Länder, die sich mit schlechten Gründen gegen die Finanzreform sperren, sehr wohl erkannt. Die 1948 aus eigenem Willen und auf fremdes Gebot restau-

rierte Bundesstaatlichkeit Westdeutschlands steht im Widerspruch zu wirtschaftlichen, technischen und, daraus folgend, politischen Notwendigkeiten unserer Zeit. Gleichwohl kann man in einer unlängst erschienenen Festschrift „50 Jahre Freistaat Bayern“ lesen, dieses Land der Bundesrepublik sei einer „der letzten Hüter der abendländischen Kultur“ und vielleicht dazu bestimmt, „den Untergang des Abendlandes und der weißen Rasse aufzuhalten“. Wo solche Geisteshaltung blüht, ist freilich eine Föderalismusreform nicht zu erwarten.

Das nächste Beispiel ist die *Parlamentsreform*, über die hierzulande seit Jahren geredet wird, ohne daß etwas geschieht. Wiederum liegt für kritische Betrachter auf der Hand, daß ein System, welches in der spätféudalistisch-aristokratischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts entstanden und von der bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts zu ihrem Nutzen ausgebaut worden ist, in der von Automation und Kernspaltung geprägten pluralistischen Gesellschaft des ausgehenden 20. Jahrhunderts nicht mehr brauchbar sein kann. Seine Funktionsunfähigkeit wird uns von Jahr zu Jahr immer drastischer vor Augen geführt; die große Koalition in Bonn ist eines ihrer augenfälligsten Symptome. Die Literatur zu diesem Thema ist längst nicht mehr überschaubar. Versuche, durch die Einführung von Fragestunden, eine Änderung der Sitzordnung im Plenarsaal, mancherlei Verfahrensänderungen und ähnliche Mätzchen den Eindruck zu erwecken, man sei ernstlich um Parlamentsreform bemüht, führen allmählich auch wenig informierte Mitbürger nicht mehr hinters Licht. Eine echte Parlamentsreform erfordert andere Dimensionen des Denkens und Handelns, aber dazu scheint unsere Gesellschaft nicht fähig zu sein.

Das dritte und bekannteste Beispiel ist die *Bildungsreform*. Eigentlich verdiente sie hier an erster Stelle genannt zu werden, weil ihr Ausbleiben am meisten Unruhe und Aufsehen verursacht. Vor fünf Jahren hat *Georg Picht* die Bildungskatastrophe in der Bundesrepublik ausgerufen. Es erging ihm, wie es vorher und nachher vielen Warnern in diesem Lande ergangen ist: er wurde zum Schwarzseher erklärt. Wenn heute unsere Hochschulen durch Überfüllung, durch Studentenkrawalle, durch Ratlosigkeit vieler Professoren und mancherlei andere Dinge gelähmt werden, so ist das nur *eine* Frucht jener Bildungskatastrophe, deren Ausweitung unsere Regierenden in Bund und Ländern weitgehend tatenlos mitangesehen haben. Reformentwürfe gibt es in unübersehbarer Fülle, aber weil Föderalismus- und Parlamentsreform unterblieben sind, gibt es keine Instanz, die dazu befähigt wäre, selbst den besten dieser Entwürfe zu verwirklichen. Dabei ist die Hochschulreform nur ein Teil der großen Bildungsreform, deren wir bedürfen. Unser Schulwesen liegt nicht minder im argen. Auch das ist bekannt, zeitigt aber keine Folgen. Die Gesellschaft verweigert sich selber die Reform, welche allein sie dazu befähigen würde, den unaufhaltsamen Fortschritt in den Griff zu bekommen.

Das vierte Beispiel ist die *Wirtschaftsreform*, deren Kernstück die Ausdehnung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer mindestens auf alle großen und mittleren Betriebe ist. Es geht also darum, der — wenn auch noch recht unvollkommenen — politischen Demokratie die Demokratisierung des Wirtschaftslebens folgen zu lassen. Auch hier gibt es bereits etliche Entwürfe und Denkschriften. Ober die endgültige Form einer den größten Teil der Wirtschaft erfassenden Mitbestimmung gibt es natürlich sehr verschiedene Vorstellungen, die gegeneinander ausgetragen werden müssen. Beunruhigend sind nicht solche Gegensätze, sondern beklemmend ist die Tatsache, daß anscheinend immer noch die überwiegende Mehrheit unserer Gesellschaft der Auffassung zuneigt, daß Mitbestimmung in der Wirtschaft etwa das gleiche sei wie eine Verstaatlichung oder sonstige Kollektivierung. Solche Irrtümer sind dort, wo nicht einfach böser Wille vorliegt, wiederum eine Folge der Tatsache, daß unser unzulängliches Bildungswesen eine ausreichende Unterichtung der Bevölkerung über den Inhalt einer zeitgemäßen Sozialpolitik verhindert.

Das jüngste Beispiel einer trotzdem längst überfälligen Reform ist die Modernisierung unserer *Agrarstruktur*, die freilich erst durch den mutigen Plan des holländischen EWG-Politikers *Sicco Mansholt* ins allgemeine Bewußtsein gerückt ist. Obwohl die Debatte darüber erst einige Monate alt ist, zeichnen sich die üblichen Symptome der Reformunfähigkeit bereits deutlich ab. Es fehlt nicht an Erklärungen, daß der Mansholt-Plan mindestens in den Grundzügen richtig ist. Politische Taktik, Entschlußlosigkeit oder überholte Vorstellungen von der Rolle des Bauerntums in einem Volk sorgen jedoch bereits dafür, daß die verständigen Einsichten erstickt werden. Das Versanden auch dieser Reform ist abzusehen.

III

Schon dieser knappe Überblick zeigt, daß wir uns in einem Teufelskreis befinden. Die Unfähigkeit zur Reform hindert uns daran, die Voraussetzungen für dringend notwendige Reformen zu schaffen. Weil wir unsere politische Verfassung nicht ändern, sind wir außerstande, die in ihrer Notwendigkeit kaum ernstlich umstrittene Bildungsreform zu verwirklichen. Weil wir das nicht können, vermag ein erheblicher Teil unseres Volkes nicht die Kenntnisse zu erwerben, deren sie bedarf, um unsere sich immer rascher wandelnde Welt zu verstehen. Weil so viele Menschen das nicht können, bleibt uns eine durchgreifende Demokratisierung unserer Wirtschaft ebenso vorenthalten wie eine konsequente Humanisierung unseres Strafrechts; und weil wir die Gesetze der modernen Weltwirtschaft nicht begreifen, halten wir an einer Agrarstruktur fest, die bereits heute antiquiert ist und in weiteren zehn oder zwanzig Jahren vollends museal wirken muß. Wie dieser Teufelskreis durchbrochen werden kann, weiß kaum jemand zu sagen. Es bleibt jedem von uns nur die Möglichkeit, an der Stelle, wo er steht, immer wieder einen Anlauf zu Reformen zu unternehmen.

Die Kraft dazu könnte jeder aufbringen, wenn er sich nur klarmachte, was uns erwartet, wenn wir auf Reformen verzichten. Dann nämlich wird unsere Gesellschaft nur die Wahl haben zwischen Revolution und Marasmus, zwischen gewaltsamem Umsturz oder — was sehr viel wahrscheinlicher ist — einer fortschreitenden Entkräftung oder Verkalkung unseres politischen und gesellschaftlichen Organismus. Anzeichen dafür gibt es bereits genug. Das Ausbleiben einer Bildungsreform wird sich sehr rasch auf unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auswirken; unser Wohlstand wird langsam zurückgehen, und damit verlieren wir auch die materiellen Voraussetzungen für eine Anpassung unserer äußeren Ordnung an die Erfordernisse von Gegenwart und Zukunft. Unser Weg wird über den Provinzialismus in die Geschichtslosigkeit führen. Dann aber werden wir keine Ausrede mehr vorbringen können, sondern uns in der Lage befinden, die *Oscar Wilde* sehr treffend umschrieben hat:

„Schicksalsschläge lassen sich ertragen — sie kommen von außen, sind zufällig; aber durch eigene Schuld leiden — das ist der Stachel des Lebens.“

IV

Wie im alten Athen auf die Tragödie, um deren reinigende Wirkung zu befördern, das Satyrspiel zu folgen pflegte, so mögen diese allgemeinen Überlegungen zu unserer Reformunfähigkeit noch kurz verdeutlicht werden am Beispiel einer süddeutschen Stadt, die aber gewiß nicht vereinzelt dasteht.

In der Bodenseestadt Lindau entstand im Frühjahr 1968 auf dem Höhepunkt der allgemeinen Protestwelle ein „Republikanisches Forum“ (RF), das es sich zur Aufgabe

machte, „in der Bevölkerung politisches Bewußtsein zu wecken und zu vertiefen, die politische Bildung, zumal der Jugend, zu fördern, an der Meinungsbildung über politische und kulturelle Angelegenheiten mitzuwirken und dadurch in jedem Bürger — unbeschadet seiner Parteinahme oder sonstigen Bindungen — das Gefühl einer Mitverantwortung für unser freiheitlich-republikanisches Gemeinwesen zu stärken“. So steht es in der Satzung.

Die Gruppe, der sich spontan etwa 70 jüngere und ältere Bürger anschlossen, besaß und besitzt auch heute noch kein eindeutiges Selbstverständnis, gelangte aber nach einigem Herumtasten in ihrem aktiven Kern zu der Überzeugung, daß ihre Ziele am ehesten zu erreichen seien, wenn sie sich auf lokale oder regionale Probleme konzentriert. Das geschieht seit Ende 1968 vor allem mit einem sorgfältig vorbereiteten Versuch, die Zersplitterung des örtlichen Kulturlebens zu überwinden, dieses den Erfordernissen unserer Zeit anzupassen und vor allem zu einer modernen Erwachsenenbildung zu gelangen. Zugleich sollte an diesem nützlichen Beispiel dargestellt werden, wie eine Bürgerinitiative zur Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens beitragen kann.

Dieser Reformversuch bescheidenen Ausmaßes in einem ultrakonservativen Milieu hat Wirkungen ausgelöst, die teilweise einfach komisch waren, als Symptome eines zweifellos nicht auf Lindau beschränkten Zustandes des sogenannten Establishments jedoch nur unterstreichen, was vorstehend allgemein über die Unfähigkeit und Unwilligkeit zur Reform gesagt worden ist. Die sachbezogenen Reformvorschläge des RF wurden als solche kaum diskutiert, sondern man fühlte sich beleidigt und warf den Initiatoren persönlichen Machthunger vor. Ja, man scheute sich nicht, kommunistische Bestrebungen anzudeuten. Kritik an vorhandenen Mißständen (z. B. ein trostlos verflachter und gegenwartsferner Theaterspielplan) wurde von den dafür Verantwortlichen als persönliche Verunglimpfung übelgenommen. Die Forderung, die Erwachsenenbildung als Gemeinschaftsaufgabe von öffentlicher Hand und engagierten Bürgern zu verstehen, wurde in einen Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung mißdeutet. Während dem RF außerhalb Lindaus Beifall und Ermutigung zuteil wurden, solidarisierten sich Stadtrat und Stadtverwaltung in bemerkenswerter Geschlossenheit zur Abwehr dieses schnöden Versuchs, die gesellschaftlichen und kommunalpolitischen Verhältnisse mit der Wirklichkeit unserer Tage in Einklang zu bringen. Sämtliche Beamte und Organe der Stadt — wiewohl von Anfang an und immer wieder dazu eingeladen — versagten sich jedem Gespräch über die geforderten Reformen. Man hielt es mit dem französischen Sprichwort: „Das Mißtrauen ist die Mutter der Sicherheit.“

Eine Merkwürdigkeit dessen, was hie und da schmunzelnd der „Lindauer Kulturkampf“ genannt wird, ist die — wiederum gewiß nicht auf diese Stadt beschränkte — Abneigung des örtlichen Establishments gegen Öffentlichkeit. Daß städtische Angelegenheiten nicht mehr ausschließlich in verschwiegenen Amtsstuben oder bei den überwiegend nichtöffentlichen Sitzungen des Stadtrates behandelt, sondern öffentlich zur Diskussion gestellt werden, empfindet man als anstößig und beunruhigend. Daß aber auch überregionale Zeitungen und einige Rundfunkanstalten sich der Vorgänge in Lindau angenommen haben, gilt manchen Bürgern und vielen Amtsträgern einfach als unanständig. Die Tatsache, daß Demokratie und Öffentlichkeit untrennbar miteinander verbunden und daß zumal Reformen ohne den Druck der Öffentlichkeit überhaupt nicht durchzusetzen sind, ist solchen Leuten ebenso schwer begreiflich wie vielen Behörden die Einsicht, daß sie für die Bürger da sind, nicht aber umgekehrt die Bürger für die Behörden.

So erweisen sich die Vorgänge in der schönen Inselstadt als ein kurioses Lehrstück über die Unfähigkeit zur Reform, die unser aller Wohlergehen in der Bundesrepublik bedroht.